Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen

LANDTAG
30. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 30/06
5. Dezember 2025

Thema: Für die finanzielle Sicherstellung zur Umsetzung des Gewaltschutzkonzepts in der Werkstatt für behinderte Menschen

Beschlussvorschlag der Fraktion: Werkstattrat Martinshof

Das 30. Bremer Behindertenparlament möge beschließen:

Im Rahmen seiner Verantwortung zur Sicherstellung eines gewaltfreien und sicheren Arbeitsumfeldes für Menschen mit Behinderung werden Bürgerschaft und Senat aufgefordert, die finanzielle Unterstützung zur Umsetzung des Gewaltschutzkonzepts in den Werkstätten Bremens sicherzustellen.

Begründung

1. Hintergrund und Zielsetzung Unsere Werkstatt verfolgt das Ziel, Menschen mit Behinderung eine Teilhabe am Arbeitsleben in einem geschützten und respektvollen Umfeld zu ermöglichen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben wir ein umfassendes Gewaltschutzkonzept entwickelt, das präventive Maßnahmen, Interventionsstrategien sowie Fortbildungsangebote für Mitarbeitende und Beschäftigte beinhaltet.

2. Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung Die Umsetzung des Gewaltschutzkonzepts erfordert finanzielle Mittel für folgende Maßnahmen:

- Schulungen und Sensibilisierungsworkshops für Mitarbeitende und Beschäftigte
- Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien in leichter Sprache
- Einrichtung einer internen Meldestelle und Schulung von Vertrauenspersonen
- Anpassung räumlicher Gegebenheiten zur Förderung von Schutz und Privatsphäre
- Externe Beratung und Supervision durch Fachstellen

3. Beantragte Mittel Für die Umsetzung des Konzepts veranschlagen wir einen Gesamtbetrag von 29.000 Euro, der sich wie folgt zusammensetzt:

Maßnahme	Kosten (€)
Schulungen und Workshops	10.000
Informationsmaterialien	2.000
Einrichtung Meldestelle	5.000
Räumliche Anpassungen	5.000
Externe Fachberatung/Supervision	7.000
Gesamtbetrag	**29.000**

4. Nachhaltigkeit und Wirkung Die Umsetzung des Gewaltschutzkonzepts trägt maßgeblich zur Verbesserung des Arbeitsklimas, zur Stärkung der Selbstbestimmung und zum Schutz der Beschäftigten bei. Die Maßnahmen sind nachhaltig angelegt und werden regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt.

5. Schlussbemerkung Wir bitten Sie um wohlwollende Prüfung unseres Antrags und stehen für Rückfragen oder ergänzende Informationen jederzeit zur Verfügung. Die finanzielle Sicherstellung ist ein entscheidender Schritt zur Umsetzung unseres Schutzauftrags und zur Förderung eines inklusiven und sicheren Arbeitsumfeldes.

Für die Abgeordneten des 30. Behindertenparlamentes: Rick Meyer

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31. März 2026 an den AK-Protest erbeten